

seits gegen die Kommunisten los. Es machte ihnen den gleichen Vorwurf und fügte hinzu, daß ihre Frauen bei der Silvesterfeier Astrachan-Pelze getragen hätten. Es sei getanzt worden, und man hätte 100 bis 500 Lire Eintrittsgeld erhoben. Das Geld sei in die Taschen der Partei „zur Aufrechterhaltung einer neuen Plutokratie“ geflossen, die nach dem Dolchstoß gegen die Diktatur entstanden sei.

Felix Austria

Dr. Figl bedankt sich

Einem ganzen Tag lang mußten die Stellvertreter der Außenminister in London auf den Sprecher Oesterreichs, Bundeskanzler Dr. Figl, warten. Starke Schneefälle in Wien hatten den Abflug verzögert.

Mit echt Wiener Charme wußte Leopold Figl jeder Verärgerung über die Verspätung zu begegnen. Gleich eingangs seiner Rede bedankte er sich bei den Großmächten, daß „sie vom ersten Tage dieses Krieges an auch für die Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs gekämpft haben.“

Was er sonst sagte, deckte sich im wesentlichen mit den Erklärungen, die sein Außenminister Dr. Gruber schon wiederholt abgegeben hat. Oesterreich dürfe nicht mit der Verantwortung für Deutschlands Angriffspolitik belastet werden, für die es nach dem Urteil der Geschichte nicht verantwortlich sei.

Den verbindlichen Worten kommt die bisherige Stimmung im Oesterreich-Ausschuß der Konferenz weit entgegen. Lord Pakenham, Staatssekretär im Kriegsministerium, sprach von der „allerherzlichsten Atmosphäre“, die bei der Behandlung der österreichischen Frage am runden Tisch im Lancaster-House geherrscht habe.

Der Erfolg scheint dieser erfreulichen Prophezeiung recht zu geben. Der erste Artikel für den österreichischen Staatsvertrag ist bereits angenommen: „Die alliierten und assoziierten Mächte erkennen an, daß Oesterreich als souveräner und unabhängiger Staat wiederhergestellt ist.“

Ueber einen anderen Punkt, in welcher Form ein Anschlußverbot in den Vertrag aufgenommen werden soll, besteht noch keine Einigkeit. Sicher ist nur, daß auch im künftigen deutschen Friedensvertrag das Streben nach einer Wiedervereinigung mit Oesterreich verboten werden wird.

So könnte alles schnell ins Reine gebracht werden, wenn nicht die jugoslawischen Ansprüche wären. Obwohl die Großmächte und die anderen Alliierten von der Ueberzeugung ausgehen, daß Oesterreich das erste Opfer des nationalsozialistischen Imperialismus war, will Jugoslawien Oesterreich wie ein ehemaliges Feindland behandeln wissen.

Die jugoslawische Regierung fordert von Wien die Abtretung „Slowenisch-Kärntens“, das ist ein Gebiet von rund 2000 qkm mit etwa 180 000 Einwohnern und den Städten Klagenfurt, Villach und Völkermarkt, ferner eines Grenzstreifens in Steiermark von etwa 100 qkm mit 10 000 Bewohnern. Weiter soll sich Oesterreich verpflichten, die Germanisierung der „Burgenland-Kroaten zu verhindern.“

Belgrad läßt seine Forderungen mit robuster Deutlichkeit vortragen. Das jugoslawische Memorandum erinnert an die schlechten Erfahrungen, die Belgrad bei der Behandlung der Triester Frage durch die Großmächte gemacht habe. „Die jugoslawische Regierung hofft, daß sie nicht noch einmal der gleichen Behandlung ausgesetzt sein wird.“ Die Londoner Wochenschrift „Spectator“ fühlt sich bei solchen Worten unangenehm an die „Manieren der Diktatoren“ gemahnt.

Lord Pakenham wurde noch deutlicher. „Die jugoslawischen Forderungen entbehren jeder Grundlage“, sagte er im Oberhaus. „Sie sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden.“

Soweit es die Haltung Englands und auch der Vereinigten Staaten angeht, scheint sich wieder einmal das sprichwörtliche Glück Oesterreichs zu bewahren. Nur Rußland befürwortet die Gebietsansprüche Jugoslawiens.

*) Tu felix Austria nube — Glückliches Oesterreich heiratet! Jahrhundertlang wurde dieses Sprichwort auf die erfolgreiche Heiratspolitik der Habsburger angewandt.



Richter Windham kam wieder
Seine Perücke blieb bei jüdischen Terroristen

Teurer Terror

Skalpjäger am Jordan

Die jüdische Untergrundbewegung in Palästina hat ihre Tätigkeit verstärkt, weil sie spürt, daß ein Kompromiß, der nicht unbedingt ihren Wünschen entspricht, naherrückt. Dies ist die Meinung des „Manchester Guardian“, und die gewaltsamen Entführungen zweier britischer Untertanen, des Gerichtspräsidenten Windham und des Majors Harry Collins, geben dieser Meinung recht.

Beide wurden unter geradezu abenteuerlichen Umständen gekidnappet. Richter Windham wurde in Talar und Perücke innerhalb von zwei Minuten aus dem Gerichtssaal entführt, Major Collins von vier bewaffneten Juden, darunter einem Mädchen, chloroformiert und aus seiner Wohnung verschleppt. Der hohe Kommissar für Palästina, Sir Alan Cunningham, stellte daraufhin den jüdischen Banden ein Ultimatum von 48 Stunden, innerhalb deren die beiden Geraubten zurückgebracht werden sollten. Nach 78stündiger Gefangenschaft kehrten die beiden Engländer zurück, die Perücke von Richter Windham allerdings behielten die Terroristen als Skalptrophäe.

Wie Sir Henry Gurney, der Chefsekretär der britischen Regierung von Palästina, erklärte, haben sich die Kosten des Terrors im letzten Jahre auf sechs Millionen Pfund belaufen. „Es ist eine Tatsache, daß es für diese Menschen in Palästina weder Schulen noch Krankenhäuser gibt, weil andere Eisenbahnen, Brücken und öffentliche Betriebe zerstören.“

Anlaß zu den jüngsten Terrorakten hatte die Verurteilung des 33jährigen Terroristen Dov Gruner geboten. Die Hinrichtung des zum Tode verurteilten Dov Gruner ist inzwischen bis zur Entscheidung eines Revisionsantrages durch den Britischen Kronrat aufgeschoben worden. Dov Gruner wünscht jedoch neuerdings keine Begnadigung, weil er als Märtyrer sterben möchte.

Währenddessen findet in London die Palästina-Konferenz statt, an der erst-

